

Der Ukraine-Krieg und die Schockwellen

Die Sorge um die Lage in der Ukraine bestimmte auch die IHK-Vollversammlung. Konsequenzen für nationale Energieversorgung und Welternährung waren zentrale Themen.

NADJA MATTHES



Das Nein war deutlich: Forderungen, die russischen Importe von Gas, Öl und Kohle komplett zu stoppen, lehnte er entschieden ab, sagte IHK-Präsident Klaus Josef Lutz auf der Vollversammlung Mitte März. Die Folgen wären verheerend. Es handle sich eben nicht »um Wintermantel anziehen für den Frieden«. Das sei moralisch wohlfeil. Wenn es doch nur so einfach wäre, folgerte er. Die Energiepreissteigerungen hätten schon jetzt für viele energieintensive Unternehmen drastische Folgen. »Ich glaube nicht, dass es irgendjemandem hilft, wenn Deutschland wirtschaftlich massiv geschwächt wird und so auch Europa nach unten zieht.« Lutz wies auf die Folgen des Kriegs für die Lebensmittelversorgung hin. Hierzu-

lande sieht er die Belieferung gesichert. »Wir werden aber signifikante Preiserhöhungen sehen«, so Lutz. Er rechne damit, dass die Ukraine komplett und Russland in Teilen als Getreidelieferant ausfallen wird. Dies könne zum Beispiel in manchen Regionen Afrikas zu Problemen bei der Nahrungsmittelversorgung und in der Folge zu politischen Unruhen führen – und so weitere Fluchtbewegungen auslösen. Die aktuelle Situation bei der Energieversorgung beschrieb Florian Bieberbach, Vorsitzender des IHK-Umwelt- und Energieausschusses und Geschäftsführer der Stadtwerke München GmbH: »Die Lage ist durchaus angespannt, es droht aber kurzfristig kein Engpass in einem Energieträger.« Man müsse sich bewusst machen,

dass Deutschland ein Drittel seiner primären Energieträger aus Russland importiert. Am kritischsten sei die Lage beim Erdgas. »Wir bleiben auf russisches Gas angewiesen, es gibt keine Möglichkeit, es kurzfristig aus anderen Quellen zu ersetzen«, so Bieberbach. Sollte es hier zu einem Embargo kommen, »wird es ganz sicher im nächsten Winter zu Versorgungsstörungen kommen«. Betroffen wären zuerst Industrie und Gewerbe.

Die bisherigen Sanktionen wirken in Russland indessen »sehr spürbar und sehr schmerzhaft«, berichtete Tim Knoll, Geschäftsführer der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer. Er

war der Vollversammlung aus Moskau zugeschaltet und schilderte die aktuelle Situation. Vor allem die Sanktionen im Finanzsektor und der damit verbundene Niedergang des Rubels sowie die Preissteigerungen zeigten Wirkung. »Wie bekomme ich Geld, wie bezahle ich meine Mitarbeiter – das sind Fragen, die Unternehmen hier beschäftigen«, so Knoll. Dass ausländische Firmen, die in Russland ihre Geschäftstätigkeit aufgeben, unter Umständen mit Enteignung oder gar strafrechtlichen Konsequenzen rechnen müssten, konnte er zum aktuellen Zeitpunkt nicht bestätigen. Es läge noch kein schriftlicher Gesetzentwurf vor.

Dieter Janecek, wirtschaftspolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen im

Deutschen Bundestag, war ebenfalls als Gast zugeschaltet. Auch er hält ein Energieembargo gegen russisches Gas für einen falschen Schritt, »weil wir das schlichtweg nicht durchhalten können«. Es würde die Versorgungssicherheit gefährden. Nun gelte es, die Planungsprozesse zu beschleunigen, für Flüssiggasterminals, aber auch für erneuerbare Energien wie Windkraftanlagen. »Die Versorgungssicherheit ist das A und O zum jetzigen Zeitpunkt«, bekräftigte Janecek. »Wir wollen sicherstellen, dass wir gut vorbereitet sind auf den nächsten Winter.« Die Probleme mit Russland zeigten, dass die Einschätzung zu naiv war, »Wandel durch Handel mit diesem Regime erreichen zu können«. IHK-Hauptgeschäftsführer Manfred Gößl machte deutlich, dass die Zukunft der Industriestandorte Deutschland und Bayern von der sicheren und preislich wettbewerbsfähigen Energieversorgung abhängt. Es sei auch Aufgabe der IHK, die Politik dabei zu beraten, wie besonders betrof-

fene Branchen zielorientiert unterstützt werden könnten. Dabei müsse jedoch klar sein, so Gößl, dass »man politisch keiner Hilfsillusion unterliegen dürfe: Jeder einzelne Betrieb kann nicht finanziell entschädigt werden, weil eben alle von steigenden Energiepreisen oder gestörten Lieferketten betroffen sind oder sein werden.« Er warnte überdies davor, bei der Suche nach Rohstoffquellen und Lieferanten neue Abhängigkeiten aufzubauen. Unabhängigkeit setze eine Erhöhung des Angebots sowie eine Ausweitung der Diversifikation voraus. Das gehe aber nicht von heute auf morgen. Deshalb werde es einen Dämpfer für Wachstum und einen Schub bei den Preisen geben. »Der Kompasszeiger dreht sich in Richtung Stagflation«, schloss Gößl.

Die Vollversammlung verabschiedete zudem die wirtschaftspolitischen Positionen der IHK-Organisation. Die IHK wird sich als Partner beim Thema Mobilität in der Re-

Krieg in der Ukraine

Die IHK-Website bietet umfassende Infos für Unternehmen, zum Beispiel zu aktuellen Sanktionen, Sicherheitsempfehlungen oder den Schutz vor Cyberattacken: www.ihk-muenchen.de/russland-ukraine

gion München einbringen. Sie setzt sich für die Beseitigung steuerlicher Nachteile bei Sachspenden ein, damit Wegwerfen nicht mehr günstiger als Spenden ist. Zudem engagiert sie sich für eine Neuregelung der Altersvorsorge für Selbstständige. Sie fordert bei ePrivacy klare, einheitliche und bürokratiearme Regelungen. ■

IHK-Ansprechpartnerin zur Vollversammlung

Verena Kastenhuber, Tel. 089 5116-2130
verena.kastenhuber@muenchen.ihk.de